



Deutscher Studienpreis | 2. Preis Geistes- und Sozialwissenschaften

Die Staatsangehörigkeit teilt heute nur noch politische Mitbestimmungsrechte exklusiv zu. Über Aufenthalt und soziale Rechte bestimmen Europa- und Völkerrecht in weitem Umfang mit. Der Gegensatz erscheint integrationshemmend, trotzdem wirkt die Staatsangehörigkeit in der öffentlichen Debatte weiter als zentraler Ausdruck von Zugehörigkeit. Die Arbeit geht ihrer Kernfunktion, politischer Gemeinschaftsbildung, mit historischen, theoretischen und dogmatischen Zugängen auf den Grund. Sie kommt zu dem überraschenden Ergebnis, dass die Entstehung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts eine rechtliche Reaktion auf Mobilität war, mit der Probleme der Verantwortungszurechnung, des Aufenthalts und sozialer Fürsorge gelöst werden sollten. Der überstaatliche Entstehungszusammenhang hilft mit Blick auf die globale Migration der Gegenwart, politischen Aufladungen entgegenzutreten und so eine zukunftsgerichtete Gestaltung des Zusammenhalts einer pluralen Gesellschaft durch Recht zu ermöglichen.

Ferdinand Weber promovierte an der Georg-August-Universität Göttingen im Fach- und Spezialgebiet Rechtswissenschaften.